

Haushaltsrede 2022

für die CDU-Fraktion von Axel Jäger

Sehr geehrter Herr Waldenberger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren

Deutschland hat eine neue Regierung und bei so viel Sozialer, Ökologischer und Wirtschaftskompetenz muss es ja jetzt besser werden.

Aber die Ampelkoalition muss jetzt auch liefern, nachdem der Corona - Start verstorpert wurde, brauchen wir nun eine langfristige Strategie.

Unser Land ist in vielen Bereichen gespalten und die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass das überwunden wird.

Die Ergebnisse der Sonder-Steuerschätzungen bestätigen die Befürchtung. Städte und Gemeinden müssen ebenso wie Bund und Länder in den kommenden Jahren mit deutlich weniger Einnahmen kalkulieren. Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf die Kommunalen Haushalte. Zwar konnten wir in Lauffen in den Jahren 2020 und 2021 durch die Hilfen von Bund und Land einiges Abfedern, doch da sieht es im Jahr 2022 und den kommenden Jahren, ohne weitere Hilfen ziemlich düster aus.

Allerdings wäre es jetzt falsch unsere Investitionen herunterzufahren. Hier erwarten wir die Unterstützung von Bund und Land mit dem zugesagten Konjunkturpaket des Bundes. Nur wenn massive Ausfälle ausgeglichen werden, können wir in Lauffen weiter in Schulen, Sportstätten und Straßen investieren und unsere Stadt am Laufen halten.

Im Übrigen sollte man nicht vergessen, Investitionen vor Ort stärken Handwerk und die lokale Wirtschaft und kommen somit unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Größere Sorgen bereitet mir der Ergebnis Haushalt. Wobei ich hier das größere Problem in der erzwungenen Darstellung liegt. Die Doppische Haushaltsführung beschert uns wie von Herrn Schuh beschrieben ein Minus von 1,7 Mio. € im Ergebnis Haushalt weshalb wir auch in diesem Jahr nicht in der Lage sein werden unsere Abschreibungen zu erwirtschaften.

Ich kann mir auch nicht vorstellen mit dem Minischraubenzieher, den wir bekommen haben, diese Riesenschrauben die es zu bewegen gilt zu drehen.

Unser Problem liegt darin, dass die Städtischen Aufgaben seien es die Pflichtaufgaben wie die Kinderbetreuung, Ordnungsdienst, Bauhof oder unsere Stadtgärtner und natürlich auch der Anspruch unserer Bürger an unser Bürgerbüro, oder die freiwilligen Dinge wie Freibad, Citybus die Spielplätze und vieles andere, finanziell bald nicht mehr geleistet werden können.

Sehr geehrter Herr Schuh, ich persönlich gebe Ihnen vollkommen Recht, wenn Sie in Ihrer Einbringung eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, von welcher uns ja eh nur 20 % bleiben, ansprechen. Aber wie viele Umdrehungen brauchen wir da wohl, um allein die jährlich steigenden Personalkosten auszugleichen. Eine Personalkostensteigerung von 5 Mio. € in den letzten 8 Jahren. Diese Steigerung an Personalkosten gehen neben der Jährlichen Lohnanpassung fast ausschließlich in die Kinderbetreuung. Und auch hier sind wir noch lange nicht am Ende der Fahnenstange. Der Bedarf wird weiterwachsen und falls genügend Personal vorhanden sein wird, werden wir nach der Pandemie dieses zusätzliche Personal benötigen und finanzieren müssen.

Nun waren die letzten Jahre, in Bezug auf unser Steuereinkommen, nicht unbedingt das was man im Allgemeinen Fette Jahre nennt. Und trotzdem müssen wir satte 300 000,00€ mehr, bei gleichem Hebesatz, an den Landkreis abführen. Im Normalfall sagt man, wenn man Steuern

bezahlen muss, hat man auch Gewinn gemacht aber von einem Gewinn sind wir Meilenweit entfernt.

Auch bei den Investitionen sind wir im Grundsatz dabei die begonnenen Maßnahmen wie den barrierefreien Bahnhof, den Kindergarten in der Bismarckstraße oder den weiteren Ausbau der Digitalisierung an unseren Schulen umzusetzen.

Es sind keine neuen groß Investitionen geplant und bei unserer momentanen finanziellen Situation möchte ich, obwohl ich zu Anfang die Wichtigkeit der Kommunalen Investitionen angesprochen haben, nur zum Glück sagen.

Zur Gesamtfinanzierung konnte für 2022 noch auf liquide Mittel zurückgegriffen werden, doch diese sind endlich und nicht mehr in allzu großer Menge vorhanden.

Schwindelerregend ist auch der prognostizierte Schuldenstand von über 12 Mio. € den unserer Stadt voraussichtlich bis zum Jahr 2025 im Haushalt stehen hat.

Ich würde sagen, wenn Verwaltung strikt nach Vorschrift arbeitet, wird sie in kürzester Zeit arbeitsunfähig sein. Vom „überforderten Bürokratiemonster Deutschland“ ist oft die Rede. Das eigentliche Problem jedoch: „Fachliche Entscheidungen werden zu oft dem politischen Kalkül geopfert.“

In einem Artikel über einen Verwaltungsakt in Berlin habe ich gelesen, dass Anfang Dezember die Friedhofsverwaltung in Berlin-Mitte erklärte, sie habe „aus technischen Gründen“ von Mitte Dezember bis Anfang Januar geschlossen. Selbst Tote müssen nun also schon auf Termine warten, war meine erste Reaktion. Nun handelt es sich mal wieder „nur“ um die Verwaltung im „Hauptstadtslum“, der Stadt in der auch Schulen zu Baracken der Bildung verkommen, in der Schultoiletten eher einem biologischen Kampfmittel-Labor gleichen, der Stadt, die nur noch mit den Achseln zuckt, wenn mir mein Fahrrad gestohlen wird.

Dann sage ich mir Mal wieder, zum Glück lebe ich hier in Lauffen.

Denn je weiter man auf die lokale Ebene heruntergeht, desto besser funktioniert dieses Land bekanntlich noch. Ich bin froh, dass wir in Lauffen noch eine intakte freiwillige Feuerwehr im Ort haben. Auch müssen wir den anderen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz oder dem DLRG und allen anderen freiwilligen Helfern in Vereinen und Organisationen dankbar für ihre Arbeit sein. Gerade in den letzten 2 Corona -Jahren war dies beileibe nicht so einfach wie sich dies anhört. Unser neuer und alter Bundespräsident hat dies nach seiner Wiederwahl am Sonntag bei seiner Rede herausgestellt. Gelebte Demokratie funktioniert nur mit diesen Ehrenamtlichen Kräften.

Und doch ist auch die lokale Ebene gefährdet, trauen dem Rathaus vor Ort immer mehr Menschen nicht mehr viel zu. Es kommt mir vor wie bei der Fußball Weltmeisterschaft bei der wir 80 Mio. bessere, als den amtierenden Nationaltrainer Trainer haben. Denn Menschen sehen das Versagen vor allem auf den oberen Ebenen, und nicht in der Wandlung unserer Gesellschaft.

Welche Probleme Verwaltung auch vor Ort hat, zeigte sich in der Corona-Krise nur zu deutlich. Als ich vergangenen Sommer am Sonntagmittag in einem Café zur Nachverfolgung einen Zettel mit Namen und Anschrift ausfüllen musste, bevor ich meinen geliebten Kaffee und mein Stück Kuchen bestellen konnte, war mir klar: „Unsere Gesundheitsämter werden in der Zettelwirtschaft bald ertrinken“. Die Daten werden zwar erfasst, doch an Technik und Personal fehlt es bekanntlich an allen Ecken und Enden. Das Musterland in Sachen Disziplin und Ordnung verheddert sich in Details.

Verwaltung ist im Grundsatz weder dem Markt noch der Politik verpflichtet, sondern nur demjenigen, der sie bezahlt und beauftragt: Dem Bürger!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nun nicht Gebetsmühlenartig alle Zahlen und Fakten aufzählen. Herr Schuh ist schon bei der Einbringung detailliert darauf eingegangen und diese werden nicht besser oder schlechter, wenn wir sie alle noch einmal wiederholen.

Es wurde auch schon bei der Einbringung erwähnt, dass der Haushalt die Umsetzung der Beschlüsse des Gemeinderats widerspiegelt. Deshalb lassen sie mich Gedanken über anstehende Aufgaben der nächsten Jahre vorbringen.

Ein großes Alltagsthema ist der demografische Wandel. Wir wissen aus Umfragen, dass über 90 Prozent möglichst bis zum Tod in den eigenen vier Wänden leben wollen. Das wäre möglich. Es gilt, altersgerechte Strukturen zu schaffen und eine neue Solidarität zu organisieren. Nötig ist eine altersgerechte Infrastruktur mit Barrierefreiheit. Da heißt, das Quartier in der Bismarkstraße kann erst der Anfang gewesen sein.

Beim Klimaschutz ist es fünf vor zwölf. Aber hier müssen die Städte und Gemeinden in ihrer Schlüsselfunktion unterstützt werden, damit der notwendige schnelle Zuwachs der regenerativen Energie tatsächlich gelingen kann und wir die Menschen vor Ort mitnehmen.

Auch hier hängt es an uns den Kommunen, wie der Klimawandel ganz konkret lokal aussehen soll.

Braucht es Notstandsverordnungen, wie wir sie in der Corona-Zeit erlebt haben?

Eine Daueraufgabe wie den Klimawandel über 20, 30 Jahre über Notverordnung zu regeln, kann sich niemand vorstellen. Es braucht stattdessen die Akzeptanz, das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger.

Im Moment kommt eine Werbung im Fernsehen die dieses Gemeinsam gut beschreibt. In dieser Werbung fragt sich eine Kundin im Laden, ob sie allein zum Klimawandel mit ihrem Einkauf beitragen kann, indem Sie mehr auf Herkunft, Verpackung und Nachhaltigkeit achtet.

Ja, Sie kann und wird!

Die Klimakatastrophe wird nicht stattfinden, wenn wir alle mitmachen. Dazu müssen wir aber auch konkrete Vorteile haben und alle sollen sich beteiligen können. Es braucht Anreize und ein neues Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen. Eine Art Klimavertrag, mit einer radikalen Dezentralisierung.

Die Bewältigung der Klimawende muss zur kommunalen Pflichtaufgabe werden, aber nur mit einer entsprechenden Finanzierung.

Ich sprach eingangs von unserer gespaltenen Gesellschaft.

Dies kann man leider zumindest teilweise in der Anerkennung verschiedener Berufe feststellen.

Ein altes Sprichwort lautet: Schuster bleib bei deinen Leisten.

Soll heißen, wer Schuhe machen kann, soll Schuhe machen; wer schlau daherreden kann, soll schlau daherreden. Die Kluft zwischen beiden Spezies, den Handwerkern und den Mundwerkern, ist durch diese strenge Trennung aber oft eine Große. Nicht selten verzweifeln Handwerker angesichts der Unfähigkeit ihrer Kunden, auch nur einfachste Handgriffe auszuführen. Umgekehrt unterstellen Akademiker Handwerkern gerne geistiges Tieffliegertum.

Wie falsch beide Seiten liegen, beweist jetzt eine französische Studie, die zeigt: dem Gehirn ist es egal, ob es sprachliche oder motorische Fähigkeiten übt. Beide finden im gleichen Hirnareal statt, beides profitiert voneinander. So konnten Probanden, die mit einer Zange kleine Bolzen hin und her gesteckt hatten, hinterher komplizierte Schachtelsätze besser entschlüsseln als zuvor.

Hier möchte ich nicht dem später folgenden Tagesordnungspunkt vorweg nehmen auch möchte ich keine Werbung für unsere Überfüllte Realschule machen. Doch das Konzept unsere Realschule mit ihrem Bilinguaalem Zug zeigt wie man gemeinsam Startet um dann nach ein paar gemeinsamen Jahren zu sehe, ob man ein Guter Handwerker oder ein Guter Mundwerker werden will.

Nun ist es an unserer Gesellschaft dies Anzuerkennen damit wir auch in Zukunft nicht auf fremde Handwerkerinnen und Handwerker, Pflegerinnen und Pfleger sowie Erzieherinnen und Erzieher angewiesen sind.

Ein großes Thema für eine bessere Zukunft wird Mobilität sein: Wie organisiere ich die Bewegung von A nach B in den Städten, aber auch im ländlichen Raum. Wie können wir umweltfreundlicher, klimaneutral und trotzdem verbundener leben? Wir müssen leichter zwischen den Verkehrsträgern wechseln können, so dass nicht mehr das Auto im Fokus steht. Dazu braucht es einen schnellen, zuverlässigen und bequemen Öffentlichen Nahverkehr mit einer anderen Taktung als bislang. Testen sie einmal mit ihrer Familie, und nehmen den ÖPNV von Berlin ins Ahrtal. Das geht bis zu Großstädten sehr gut, dann steigen Sie um, erleben drei bis vier Verkehrsverbünde mit unterschiedlichen Tarifen, jedes Mal müssen Sie ein anderes Ticket ziehen und auf den letzten 5,6 Kilometern, da wird es dann wirklich bitter. Wenn Sie Pech haben, warten sie eine Stunde auf den Bus oder es kommt gar kein Bus und Sie müssen ein Taxi rufen.

Die Verbünde sagen, wir haben viele Verbindungen deshalb nicht mehr, weil es nicht rentabel ist, Busse mit nur drei Personen durch die Gegend zu fahren.

Ein Teufelskreislauf. Die Bahn und die Verkehrsverbünde sagen, die Linie wird ja nicht nachgefragt. Und weil sie nicht nachgefragt wird, verringern wir die Taktung. Dann sagen die Bürger: Es fährt ja kaum noch was. Ich kauf mir ein Auto. Manchmal haben sie dann drei Autos vor der Tür. Die Bürger nehmen den ÖPNV in Anspruch, wenn er bequem ist, wenn es kostengünstig ist und wenn er schnell ist. Es entlastet auch die Städte, wenn wir im ländlichen Raum leichter unterwegs sind. Wir können dort dann leichter leben und wohnen.

Wer aber soll eine perfekte Anbindung finanzieren?

Das ist auch eine Frage der Umverteilung. In Österreich gibt es jetzt ein Klimaticket für Bus und Bahn für 1.095 Euro im Jahr, die Einwohner in den großen Städten mit einem gut ausgebauten ÖPNV zahlen mehr als im ländlichen Raum und finanzieren damit den Verkehr auf dem Land mit. Wir brauchen ebenfalls ein Mobilitätsticket, ein DeutschlandTicket mit allen Verkehrsträgern.

Ein weiteres Thema die Digitalisierung.

Sie ist das A und O, das Wasser der Zukunft. In 20 Jahren spricht keiner mehr von Digitalisierung, weil es selbstverständlich ist. Digitalisierung bedeutet im Kern Dezentralisierung, so dass sie von überall produzieren, bestellen, wertschöpfend tätig sein können. Viele Weltmarktführer sind jetzt schon im ländlichen Raum zu finden. Und an unseren Schulen legen wir einen Grundstein dafür.

Wir die CDU Fraktion stimmen dem Haushaltsplan der Haushaltssatzung für das Jahr 2022 zu. Der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2022 bis 2025 stimmen wir ebenfalls zu.

Sehr geehrter Herr Waldenberger, sehr geehrter Herr Schuh,

die CDU-Fraktion dankt Ihnen, Herrn Schuh sowie allen daran Beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushalts.